D-01-051-2

Dringlichkeitsantrag: Solidarität mit Israel: Für BÜNDNIS Frieden, gegen Hass und Terror



49. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz Karlsruhe, 23. - 26. November 2023

Antragsteller*in: Antje Westhues (KV Bochum)

Änderungsantrag zu D-01

Von Zeile 50 bis 52 einfügen:

Grenzen von 1967 ein, bei der der Staat Israel und ein souveräner, demokratischer und lebensfähiger palästinensischer Staat Seite an Seite in Frieden und Sicherheit leben, oder andere Lösungsansätze, die zu einem nachhaltigen Frieden führen. Wir setzen uns auch dafür ein, dass feministische und nachhaltige Ansätze der Konfliktlösung, wie das Aufbrechen von patriarchalen Strukturen und von Unterdrückungsmechanismen und weitere feministische Ansätze, unterstützend zum nachhaltigen Frieden mitwirken können. Das umfasst für uns die aktive Einbeziehung von Frauen und vulnerablen Gruppen als Gestalter*innen des Friedensprozesses. Mit der Hamas und anderen Terrororganisationen stehen jedoch Gewaltakteure, die nie den Frieden

Begründung

Wir müssen uns auch für andere Lösungsansätze öffnen und nicht nur an der zwei-Staaten-Regelungen festhalten, um einen nachhaltigen Frieden zu erreichen.

Wir sollten auch die feministischen Ansätze deutlich benennen, Frauen und vulnerablen Gruppen müssen als aktive Gestalter*innen beim Friedenprozess mit an den Verhandlungstisch, um einem nachhaltigen Frieden zu erreichen.

weitere Antragsteller*innen

Verena Kahl (KV Kiel); Johannes Mihram (KV Berlin-Mitte); Annelie Strosing (KV Mülheim); Birgit Fligge (KV Bochum); Xenia Kellner (KV Hannover); Eva Becher (KV Potsdam); Bettina Deutelmoser (KV Stade); Barbara Jeßel (KV Bochum); Jan Schmid (KV Berlin-Tempelhof/Schöneberg); Carlos Echegoyen (KV Bonn); Sandra Krautscheid (KV Rhein-Sieg); Sabine Yündem (KV Remscheid); Sarah Ribbert (KV Berlin-Tempelhof/Schöneberg); Johannes Rückerl (KV Regensburg-Stadt); Laura Lotte Häußler (KV Braunschweig); Peter Kallusek (KV Südliche Weinstraße); Steffi Bernsee (KV Barnim); René Adiyaman (KV Ennepe-Ruhr); Michael Krempin (KV Wetterau); sowie 30 weitere Antragsteller*innen, die online auf Antragsgrün eingesehen werden können.